

Tabak-Worker

Nummer 8

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

24. Februar 1923

Der Tabak-Worker erscheint wöchentlich und ist durch alle Postämter zu beziehen. — Der Bezugspreis beträgt 60 M. für das Vierteljahr ohne Frangirung. — Abonnementsannahme: Walter, Berlin, Unter den Linden 10. — Druck: Bremer Nachrichten und Verlagsanstalt S. D. Schmalz & Co. GmbH in Bremen.

Am 24. Februar (Sonntag) ist der 8. Wochenbeitrag fällig

Verbandsrat, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 20, 1. Tel.: Amt 10100 045. Geschäftsverteilung: an Johannes Kreyer, Bremen, An der Weide 20, 1. Tel.: Amt 10100 045. Geschäftsverteilung: an Johannes Kreyer, Bremen, An der Weide 20, 1. Tel.: Amt 10100 045. Geschäftsverteilung: an Johannes Kreyer, Bremen, An der Weide 20, 1. Tel.: Amt 10100 045.

Tabakarbeiter in Not!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der deutschen Tabak-Industrie befinden sich in einer verarmten Lage; denn Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben einen Umfang angenommen, den man früher für unmöglich gehalten hätte. Dabei wird die Beschäftigungsmöglichkeit noch immer geringer, so daß ein Ende dieser katastrophalen Entwidlung gar nicht abzusehen ist. Die nachstehende Übersicht gibt ein Bild von der Arbeitslosigkeit seit Juli 1922. Von je 100 Mitgliedern unseres Verbandes, über die berichtet wurde, waren

	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Insgesamt
Juli 1922	258	470	728
August	411	11.61	15.72
September	616	24.44	30.60
Oktober	1070	34.17	44.87
November	1636	47.13	63.49
Dezember	2248	48.55	69.03
Januar 1923	2399	44.97	68.96

Seit Juli 1922 ist die Arbeitslosigkeit in der Tabak-Industrie ständig bedeutend größer als in allen anderen Industrien. Nach den Ermittlungen der Reichsarbeitsverwaltung betrug im Dezember die Arbeitslosigkeit der Tabakarbeiter bei den Arbeitslosenstellen 1427. Das bedeutet, daß auf je 100 offene Stellen 1427 Arbeitsuchende kamen. Diese Zahlen sind zu unheimlich, daß sie keine Kommenzierung ihre Wirkung abschwächen würde. Aber nichts wäre verheerender, als wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie ihr Schicksal als unabwendbar hinnehmen würden und in dumpfer Ergebung alles über sich ergehen ließen. Nein, aufstehen müssen sie sich; lernen, den Zusammenhang der Dinge zu erkennen und aus dieser Erkenntnis heraus die Mittel in Anwendung bringen, die geeignet sind, eine Besserung der Lage herbeizuführen.

Am 1. Juli 1922 sind die leicht geltenden Fälle des Tabaksteuergesetzes in Kraft getreten und zwar mit einer Ermäßigung für Rigarren, Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak je um 50 vom Hundert und für Rigarren und feine Schnupftabak je um 20 vom Hundert. Danach sind jetzt befreit: Rautabak mit 5 vom Hundert, Schnupftabak mit 10 vom Hundert, Rigarren und Pfeifentabak mit 20 vom Hundert und Rigarren sowie feine Schnupftabak mit 40 vom Hundert des Kleinverkaufspreises.

Ueber die Einnahmen aus der Tabaksteuer seit Juli 1922 unterrichtet folgende Aufstellung:

	Oktober	November	Dezember
Juli	823 000 000 M.	1 874 100 000 M.	1 874 100 000 M.
August	1 043 500 000 M.	3 646 700 000 M.	3 646 700 000 M.
September	1 357 500 000 M.	6 559 200 000 M.	6 559 200 000 M.

Der Voranschlag des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1922 einschließlich der Nachträge beträgt 11 000 000 000 M. In den oben genannten sechs Monaten sind allein eingenommen 15 303 000 000 M., also halb die Hälfte mehr von dem, was im ganzen Rechnungsjahr eingeht sollte.

Das ist jedoch nicht die einzige Belastung. Zur Herstellung der Tabakfabrikate werden vornehmlich (ungefähr 75 Prozent) ausländische Tabake verwendet, die einem Einfuhrzoll von 60 M. — Goldmark natürlich — unterliegen. Anstatt der Goldmark muß ein Goldaufschlag gezahlt werden, dessen Höhe für die Zeit vom 14. bis zum 20. Februar mit 709 900 festgelegt war, so daß für jede Goldmark 7100 Papiermark gezahlt werden mußten. Das gleicht einer Belastung von 428 000 M. für den Doppelzentner oder 2140 M. für das Pfund Tabak durch den Einfuhrzoll. Dabei soll gleich hervorgehoben werden, daß der Einfuhrzoll nicht besonders belastet ist. Wer aber die deutschen Tabakbauern kennt, der weiß auch, daß sie die Zeit auf ihre Art zu nützen wissen. Der Einfuhrzoll auf ausländischen Tabak erlaubt es ihnen, ihre Inlandsfabrikate zu unverändert hohen Preisen abzusetzen. Am Beweise hierfür diene nur die nachstehende Preisvergleichung in den Bezirken Hannover, Hesse-Kassel und im Elbsaale sind die Preise enorm gestiegen. Ein Zentner Tabak, der noch Ende Januar mit 30 000 M. bezahlt wurde, ergab im Durchschnitt 150 000 M. und darüber.

Eine solche Belastung des Tabaks und der Tabakfabrikate durch Zölle und Steuern muß natürlich zu Preiserhöhungen führen, die für die große Masse der arbeitenden Bevölkerung fast unerschwinglich sind. Die Folge ist ein ständiger Konsumrückgang und in Verbindung damit eine immer größer werdende Arbeitslosigkeit, die durch die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage noch verstärkt wird. Die Arbeitslosenahlen unseres Verbandes geben hier eine deutliche Sprache. Sie werden illustriert durch die Angaben des statistischen Reichsamtes über die vorläufigen Ergebnisse des deutschen Außenhandels. Gemäß zahlreichem Angaben vorliegen, schätzte sich die Einfuhr und Ausfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten seit Juli 1922 folgendermaßen: (Bei den einzelnen Summen handelt es sich jedesmal um Doppelzentner.)

	Einfuhr:		Ausfuhr:	
	Gabritate	Wohlfahrt	Gabritate	Wohlfahrt
Juli	1350	114 920	2910	30
August	570	77 920	4580	800
September	750	76 280	5940	210
Oktober	550	40 680	7780	580 ^{1/2}
November	600	53 280	1020	350

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die Einfuhr von ausländischem Tabak seit Juli ständig zurückgegangen ist. Im Dezember betrug die Einfuhr nur noch 27 487 D.; eine Befristung dafür, daß die Einfuhrverhältnisse überflüssig war und die Herstellung von Tabakfabrikaten immer geringer wird. Die Aufstellung zeigt aber auch mit aller Deutlichkeit, daß die Ausfuhr von Tabakfabrikaten, die bis zum Oktober ständig zunahm, seit November beinahe gänzlich unterbunden ist. Die Einfuhrbeschränkungen in den anderen Ländern machen sich bemerkbar. War es bis zum Oktober noch möglich, einen Teil der Tabakarbeiter, der sonst durch die Wirkungen des Tabaksteuergesetzes arbeitslos geworden wäre, mit Auslandsaufträgen zu beschäftigen, so schwindet seitdem auch diese Möglichkeit fast völlig dahin. Für die Tabakarbeiterschaft eine Quelle mehr, aus der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit fließt.

Was ist nun zu tun? Zunächst muß für die Opfer des Tabaksteuergesetzes gesorgt werden. Die Möglichkeit hierzu bietet der § 91 des Tabaksteuergesetzes, der nach der im vorigen Jahre beschlossenen Veränderung vorsieht, daß die mehr als ein Jahr im Tabakgewerbe beschäftigt gewesenen Arbeiter usw., die nachweislich infolge des Gesetzes innerhalb der nächsten drei Jahre nach seinem Inkrafttreten arbeitslos oder geldlos werden, Unterstützung bis zu einem Jahre aus der Reichskasse erhalten. Die Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit darf nicht weniger als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes betragen. Da das Tabaksteuergesetz am 1. April 1920 in Kraft getreten ist, würden, wenn keine Veränderung des § 91 vorgenommen wird, nur noch die wenigen Tabakarbeiter Anspruch auf Unterstützung erheben können, die bis zum 31. März dieses Jahres arbeitslos oder geldlos geworden und noch nicht bis zu einem Jahre Unterstützung erhalten haben. Damit würde sich die Tabakarbeiterschaft abfinden können, wenn die Wirkungen des Tabaksteuergesetzes weniger schmerzhaft, die Arbeitslosigkeit weniger groß wäre. Die veröffentlichten Zahlen über die zunehmende Arbeitslosigkeit und die abnehmende Tabakeinfuhr zeigen jedoch, wie trübe es in Wirklichkeit aussieht. Aus diesem Grunde darf es bei der letzten Gesetzgebung des § 91 nicht bleiben. Sollen die Tabakarbeiter nicht völlig verelenden und verkommen. Der Vorstand unseres Verbandes muß nichts unversucht lassen, um eine Veränderung des § 91 in der Richtung herbeizuführen, daß aus den drei Jahren der Frist gemacht und die Unterstützung aus der Reichskasse nicht bis zu einem Jahre, sondern bis zu zwei Jahren gezahlt werden. Eine Regelung in diesem Sinne würde zur Folge haben, daß die bis zum 31. März 1924 durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos oder geldlos gewordenen Tabakarbeiter Unterstützung erhalten und zwar nicht bis zu einer Dauer von einem Jahre, sondern von zwei Jahren.

Ob die Bemühungen des Vorstandes den gewünschten Erfolg haben werden, läßt sich nicht voraussagen. Sicher ist, daß sie wesentlich gefördert werden können durch die Aktivität unserer Kollegen und Kolleginnen im Lande. Da zu einer Veränderung des § 91 die Zustimmung des Reichstages und des Reichsrates erforderlich ist, muß den Mitgliedern dieser Körperschaften die taufrige Lage der Tabakarbeiter, die vornehmlich auf das Tabaksteuergesetz zurückzuführen ist, zur Kenntnis gebracht werden, um sie zu veranlassen, im Sinne oben genannter Forderungen zu wirken. In derselben Weise muß die Öffentlichkeit aufgeklärt werden. Ungezählte Entschuldigungen an den Verbandsvorstand oder an die Redaktion des Verbandssorgens zu schicken, hat nur keinen Zweck; die wissen, wie es um die Tabakarbeiter bestellt ist und was zur Verbesserung der Notlage geschehen muß.

Mit dem Verlangen nach einer Veränderung des § 91 darf es aber nicht sein Bewenden haben; ebenso wichtig ist es, die Ursachen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu beseitigen, denn erlaß können und wollen die Tabakarbeiter keine Unterstützung begehren. Die Hauptursache des Übels liegt in der ungeheuren Belastung, die den Tabakarzeugnissen durch Zölle und Steuern auferlegt ist. Unter dieser Last muß die Tabakindustrie zusammenbrechen, muß jeder Massenkonsum unterbunden werden, wenn nicht auf dem schnellsten Wege für Erleichterung gesorgt wird. Ob diese Erleichterung durch weitere Herabsetzung des Zolles und der Verbrauchssteuer erreicht wird, ist ein anderes Tabaksteuerreform herbeizuführen wird, ist den Tabakarbeitern gleich. Sie sind mit keinem Tabaksteuerreform verheiratet; ihnen ist die Hauptsache, daß so schnell wie möglich eine Verbesserung ihrer Lage eintritt.

In der angegebenen Richtung muß sich in den nächsten Wochen das Streben aller Verbandsmittelbewerber bewegen. Nur dann besteht Aussicht auf Erfolg, wenn niemand zurücksteht und alle ihre ganze Kraft einsetzen, um aus diesem Elend herauszukommen.

Um einmündig festzustellen, ob über den 31. März 1923 hinaus noch Unterstützung auf Grund des § 91 (in seiner jetzigen Fassung) gezahlt wird, hat ein Vertreter unseres Verbandes im Reichsfinanzministerium vorgeschrieben. Er hat die Zustimmung erhalten, daß diejenigen Tabakarbeiter, die die Voraussetzungen des § 91 erfüllt haben und noch bis zum 31. März 1923 arbeitslos oder geldlos waren, bis zu einem weiteren Unterbreiten der Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit aus über den 31. März 1923 hinaus Unterstützung bekommen, wenn sie noch nicht bis zu einem Jahre Unterstützung bezogen haben.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz.

Am 1. April 1924 tritt das Jugendwohlfahrtsgesetz vom 9. Juli 1922 in Kraft. Auf Antrag kann es von der Regierung und dem Reichsrat für einzelne Länder schon früher in Kraft gesetzt werden. Da die Pflegemaßnahmen für die gefährdete Jugend eine Notwendigkeit sind, hat die Arbeiterkassen eine außerordentlich großes Interesse daran, am Vollzug dieses Gesetzes beteiligt zu sein. Um freilich dazu imstande zu sein, muß die Arbeiterkassen das Gesetz kennen. Im Rahmen eines Aufsatzes daselbst erschlüssend darzulegen, ist nicht möglich, da es sich um 73 Paragraphen handelt. Es sei deswegen hier nur das Wichtigste erläutert. Der Grundgedanke des Gesetzes spielt in folgendem Satz: „Neben der Familie hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, geistlichen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.“ Danach ist es moralische Pflicht der Gesellschaft, der Jugend beizustehen, wo leibliche, geistliche und soziale Mängel sich bemerkbar machen.

Es sind vier Hauptgebiete der Jugendwohlfahrtspflege, die durch das vorliegende Gesetz geregelt werden. 1. Schutz der Pflegekinder. Es ist bekannt, daß Pflegekinder bisher nicht selten Opfer furchtbarer Mißstände wurden. In häufigen Fällen waren sie Ausbeutungsobjekte gewissenloser Pflegeterren; die Kontrolle über ihr Schicksal war unzulänglich und notwendig. Das soll jetzt anders werden. Wer ein Pflegekind aufnimmt, bedarf dazu der vorherigen Erlaubnis des neu zu errichtenden Jugendamtes. Das Jugendamt wird diese Erlaubnis nur Personen erteilen, die zuverlässig und vertrauenswürdig sind; es hat außerdem fortlaufende Aufsichtsbefugnisse über die Pflegepersonen. Diese Aufsichtsbefugnisse erstrecken sich auch auf Anstalten, die Kinder in Pflege nehmen. Wer Pflegekinder ohne die vorgeschriebene Erlaubnis oder Anmeldung in Pflege nimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

2. Das Vormundschaftswesen. Den neuen Jugendämtern wird die Amtsvormundschaft von vornherein über die unehelichen Kinder übertragen. Das Jugendamt kann, um das Wohl des Kindes zu fördern, die Ausübung der vormundschaftlichen Obliegenheiten einzelnen seiner Mitarbeiter übertragen; es kann außerdem als Amtsvormund durch das Vormundschaftsgericht entlassen und durch einen bestellten Einzelvormund ersetzt werden. Um eine Zusammenfassung aller Jugendwohlfahrtsarbeit zu erzielen, bestimmt das Gesetz, daß das Jugendamt zugleich Gemeindevorstand ist.

3. Offentliche Unterstützung hilfbedürftiger Minderjähriger. Dieser Abschnitt des Gesetzes bestimmt, daß im Falle der Hilfsbedürftigkeit Minderjährigen der notwendige Lebensbedarf einschließlich der Erziehung und der Erwerbsbefähigung, in Krankheitsfällen auch die erforderliche Pflege zu gewähren ist. Die Unterstützungspflicht ruht auf dem Träger des Jugendamtes (d. h. also auf der Gemeinde).

4. Schulaufsicht und Fürsorgeerziehung. Die Schulaufsicht, die nach Anhörung des Jugendamtes vom Vormundschaftsgericht angeordnet werden kann, hat den Zweck, den moralisch oder leiblich gefährdeten Minderjährigen durch Helfer zu schützen und zu überwachen. Dabei hat der Helfer bei Ausübung seines Amtes jederzeit das Recht auf Zutritt zu dem Minderjährigen. Wo zu befürchten steht, daß ein Minderjähriger auf Grund seiner Lebensverhältnisse der Fernabfuhr anheimfällt oder wo der Minderjährige sich bereits im Auftritte der Verwahrlosung befindet, da tritt, falls es in einer geeigneten Familie, sei es in einer Erziehungsanstalt, die Fürsorgeerziehung ein. Der Fürsorgeerziehung kann der Minderjährige bis zur Vollendung seines 18. Lebensjahres überwiesen werden.

Dieser große Aufgabenkreis, der von der Jugendwohlfahrtspflege zu bearbeiten ist, bedarf natürlicherweise der entsprechenden Behörden. Das Gesetz behandelt auch in der Tat den Aufbau der neuen Jugendwohlfahrtsbehörden. In diesen Behörden ist dem Gedanken der Selbstverwaltung und der freiwilligen Mitarbeit eine große Spielraum einräumt; der Mitarbeit der breiten Volksschichten sind Tür und Tor geöffnet.

In den Gemeinden werden Jugendämter eingerichtet, die neben den leitenden Beamten Männer und Frauen aus allen Bevölkerungsschichten umfassen sollen. Die Personen, die hauptsächlich im Jugendamt beschäftigt werden, müssen in der Jugendwohlfahrtsarbeit sich bewährt haben. Neben den großen Aufgabenbereichen, die bereits umrissen wurden, müssen sich die Jugendämter noch in einzelnen heimlichen, Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern und anzuregenfalls zu schaffen für: 1. Beratung in Angelegenheiten der Jugend, 2. Witterung der Jugend, 3. Wohlfahrt der Jugend, 4. Wohlfahrt der Kleinkinder, 5. Wohlfahrt der im schulischen Alter stehenden Jugend außerhalb des Unterrichts, 6. Wohlfahrt der schulpflichtigen Jugend.

Von Bedeutung für die Zusammenfassung der Jugendämter ist die Bestimmung, daß die freien Vereinigungen für Jugendwohlfahrt Anspruch auf zwei Drittel der Zahl der nicht beamteten Mitarbeiter haben. Diese Bestimmungen werden es nötig machen, daß auch von proletarischer Seite Jugendwohlfahrtsbeiträge in den Leben gesucht werden, wo sie noch nicht bestehen.

Ehre ihrem Andenken!